



20119-24 AFIS

Landesarchiv Berlin (LAB)

Archivfachinformationssysteme (AFIS)

RAHMENVEREINBARUNG

Version 2.0, Stand 24.11.2025

Inhalt

PRÄAMBEL	2
§ 1 GEGENSTAND, BESTANDTEILE UND GRUNDLAGEN	3
1.1. Gegenstand	3
1.2. Vertragsbestandteile	4
1.3. Grundsätze der Leistungserbringung	6
1.4. Kapazitäteneinsatz	8
1.5. Beschäftigungspolitische Nebenpflichten	9
1.6. Personaleinsatz	10
1.7. Unteraufträge und Einsatz anderer Unternehmen	11
1.8. Beistellungen und Mitwirkungen des Auftraggebers	12
§ 2 VERGÜTUNG UND ABRECHNUNG	13
2.1. Vergütung	13
2.2. Vergütungsanpassung	14
2.3. Abrechnung und Zahlung	14
2.4. Vertragsstrafen	15
§ 3 LAUFZEIT, TERMINE, LEISTUNGSBEGINN, BEENDIGUNG	16
3.1. Beginn, Projektrealisierung	16
3.2. Kündigung, Beendigung	17
§ 4 HAFTUNG, VERSICHERUNG, SICHERHEITEN	18
4.1. Haftung	18
4.2. Haftpflichtversicherung	19
§ 5 SONSTIGES	19
5.1. Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte, Abtretung	19
5.2. Vertraulichkeit, nachvertragliche Geheimhaltung	20
5.3. Mitwirkung bei Beendigung	21
5.4. Schlussbestimmungen	21

Rahmenvereinbarung

zwischen

dem **Land Berlin**

vertreten durch die Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt,
diese vertreten durch das **Landesarchiv Berlin (LAB)**,
Eichborndamm 115-121, 13403 Berlin

– nachfolgend „**Auftraggeber**“ oder „**LAB**“ genannt –

und

[Name/Bezeichnung, Vertretung und Sitz
des erfolgreichen Bieters im Vergabeverfahren 20119-24]

– nachfolgend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“ genannt –

Präambel

Das Landesarchiv Berlin (LAB) ist das zentrale Staatsarchiv des Landes Berlin. Es betreibt an seinem Standort ein Archivmagazin sowie u.a. einen Präsenzlesesaal und eine Bibliothek. Das LAB hat die gesetzliche Aufgabe (§ 3 ArchGB), Unterlagen zu erfassen, zu bewerten, als Archivgut zu sichern, auf Dauer zu bewahren, die Erschließung zu gewährleisten und für die Benutzung allgemein zugänglich zu machen. Insbesondere archiviert das LAB das aus den Geschäftsgängen aller Behörden, Gerichte und sonstigen Stellen des Landes Berlin hervorgegangene Archivgut.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt das LAB ein spezielles Archivfachinformationssystem (AFIS), das als zentrales Modul die archivische Datenhaltung und Datenverarbeitung ermöglicht sowie die internen archivischen Prozesse steuert. Das LAB verfügt über eine eigene IT-Infrastruktur, die in das landesweite Berliner Landesnetz eingebunden ist. Das AFIS muss in dieser IT-Infrastruktur realisiert werden. Zudem ist das LAB Mitglied im Kooperationsverbund Digitale Archivierung Nord (DAN-Verbund), einer länderübergreifenden Zusammenarbeit zur Magazinierung und Erhaltung archiwürdiger digitaler Aufzeichnungen. Der DAN-Verbund unterhält und steuert ein gemeinsames elektronisches Magazin in externen Rechenzentren. Das LAB ist darüber hinaus Mitglied im Entwicklungsverbund Digitales Magazin (DIMAG-Verbund), einer länderübergreifenden Partnerschaft zur gemeinsamen Entwicklung von Software zur Unterstützung der Archive bei der Erhaltung digital gespeicherter Informationen für die Ewigkeit. Das Archivierungssystem des DIMAG-Verbundes bildet die Grundlage des gemeinsamen elektronischen Magazins des DAN-Verbundes. Das AFIS muss an das DIMAG- Archivierungssystem gekoppelt werden.

Zugleich benötigt das LAB ein webbasiertes Nutzungsmodul (Virtueller Lesesaal), um das Archivgut zur öffentlichen Nutzung zugänglich zu machen. Der Virtuelle Lesesaal ist Teil des IKT-Basisdienstes Digitale Archivierung in Berlin. Er ist als internetbasierte Webanwendung zu realisieren und muss mit dem AFIS kommunizieren und zusammenwirken.

Das AFIS und der virtuelle Lesesaal dienen dem Zweck, die archivfachlichen Prozesse des LAB zu digitalisieren und in einem Gesamtsystem zusammenzuführen, um den Bestimmungen des E-Government Gesetzes Berlin (EGovG Bln) sowie des Online-Zugangsgesetzes (OZG Bln) nachzukommen. Das AFIS und der virtuelle Lesesaal müssen hierfür als Gesamtsystem eine Funktionseinheit bilden.

Auf der Grundlage einer Vorinformation im EU-Amtsblatt vom 02.01.2025 (ABl. EU S 1/2025 708-2025) hat das LAB das EU-weite Vergabeverfahren 20119-24 AFIS im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Aufruf zum Wettbewerb durch Vorinformation gemäß § 119 Abs. 5 GWB und §§ 14 Abs. 3, 17, 38 Abs. 4 und 5 VgV durchgeführt. Im Zuge dieses Vergabeverfahrens hat der Auftragnehmer gemäß einer Aufforderung zur Interessensbestätigung vom 09.05.2025 am [Datum] einen Teilnahmeantrag zum Nachweis seiner Eignung eingereicht, gemäß der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes vom 25.07.2025 am [Datum] ein Erstangebot zum Zwecke der Verhandlung vorgelegt, vom 19.09.2025 bis 20.10.2025 Verhandlungen mit dem LAB geführt und gemäß einer Aufforderung zur Abgabe eines finalen und verbindlichen Angebotes vom 24.11.2025 am [Datum] ein endgültiges Angebot unterbreitet.

Das LAB und der Auftragnehmer haben im Zuge des Vergabeverfahrens über diese Rahmenvereinbarung und alle Vertragsbestandteile, insbesondere über die Leistung und das Angebot, verhandelt. Der Auftragnehmer war dazu aufgefordert, Verhandlungsvorschläge zu allen Bestandteilen der Rahmenvereinbarung zu machen und darüber mit dem LAB zu verhandeln. Aufgrund der Ergebnisse der Verhandlungen hat sich das endgültige Angebot des Auftragnehmers auf der Grundlage der für das Vergabeverfahren bekannt gemachten Zuschlagskriterien als das wirtschaftlichste Angebot erwiesen.

Auf das endgültige Angebot erteilte das LAB deshalb mit Auftragsschreiben vom [Datum] den Zuschlag. Mit der Erteilung des Zuschlags auf das endgültige Angebot des Auftragnehmers wurde diese Rahmenvereinbarung geschlossen. In Vollziehung dieses Vertragsschlusses vereinbaren die Vertragsparteien:

§ 1 Gegenstand, Bestandteile und Grundlagen

1.1. Gegenstand

- (1) Vertragsgegenstand sind die in der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen näher beschriebenen Leistungen des Auftragnehmers, die eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit bilden; insbesondere:
 - a) die Bereitstellung – soweit erforderlich einschließlich Anpassung auf Quellcodeebene – und dauerhafte Überlassung eines Archivfachinformationssystems – AFIS (Software*) durch den Auftragnehmer auf der Grundlage eines Werkvertrages nach den Erfordernissen der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen;
 - b) initiale Leistungen zum Customizing* des Archivfachinformationssystems nach den Erfordernissen der Leistungsbeschreibung und in Abstimmung mit dem Auftraggeber;
 - c) die Pflege des Archivfachinformationssystems (Störungsbeseitigung, Lieferung neuer Programmstände*, Systemservice und Support) nach der Abnahme für die Dauer der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung;
 - d) die Bereitstellung und Unterhaltung (Betrieb) eines internetbasierten Nutzungsmoduls für das Archivfachinformationssystem (virtueller Lesesaal) als Webanwendung nach den Erfordernissen der Leistungsbeschreibung als SaaS* (Software as a Service*) im Wege eines Managed Cloud Service* (MCS*) für die Dauer des Vertrages;
 - e) initiale Leistungen zum Setup und zur Einrichtung des virtuellen Lesesaals nach den

Erfordernissen der Leistungsbeschreibung und in Abstimmung mit dem Auftraggeber;

- f) Support- und Serviceleistungen für den virtuellen Lesesaal nach der Abnahme für die Dauer der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung;
 - g) die erforderlichen Projektmanagement-, Beratungs- und Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Projektrealisierung, insbesondere zur Implementierung, Testung und zum Rollout des AFIS einschließlich der Datenmigration, nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung;
 - h) die Durchführung von Schulungen;
 - i) optional – auf Abruf durch den Auftraggeber nach Bedarf – Entwicklungsleistungen zur Weiterentwicklung und Anpassung des AFIS und des Virtuellen Lesesaals nach den Vorgaben und Erfordernissen des Auftraggebers (change requests).
- (2) Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten Abruf durch den Auftraggeber mit Inkrafttreten dieser Rahmenvereinbarung verpflichtet, die vorgenannten Leistungen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung zu den vereinbarten Terminen/Zeitpunkten zu erbringen. Einige Leistungen (z.B. Support/Service) erfordern eine vorherige Mitteilung oder Meldung des Auftraggebers bzw. die Feststellung einer Störung. Eine Ausnahme bilden die optionalen Leistungen gemäß Absatz (1) Buchstabe i), die vom Auftragnehmer nur auf gesonderten Abruf durch den Auftraggeber zu erbringen sind.

1.2. Vertragsbestandteile

- (1) Es gilt das Zuschlagsschreiben des Auftraggebers auf das endgültige Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren 20119-24 gegebenenfalls einschließlich schriftlicher Festlegungen und Vereinbarungen zwischen den Parteien im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zuschlagserteilung [\[Anlage\]](#).
- (2) Im Übrigen gelten als Vertragsbestandteile nacheinander in folgender Rangfolge jeweils in der bei Ablauf der Angebotsfrist zur Einreichung der finalen Angebote im Vergabeverfahren 20119-24 geltenden Fassung einschließlich der bis zu diesem Zeitpunkt im Vergabeverfahren ergangenen Bieter Rundschreiben des Auftraggebers mit Ergänzungen, Anpassungen, Konkretisierungen und Informationen:
- a) dieser Vertragstext bestehend aus den Seiten 1 bis 22;
 - b) die Leistungsbeschreibung und deren Anlagen [Anlagen D.1 und D02-01 bis D02-10];
 - c) für die Leistungen im Zusammenhang mit dem Archivfachinformationssystem gemäß Ziffer 1.1 Absatz (1) Buchstaben a) bis c) die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von Informationstechnik (EVB-IT), bestehend aus dem Vertrag über die Erstellung bzw. Anpassung von Software (EVB-IT Erstellung) samt den Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung bzw. Anpassung von Software (EVB-IT Erstellungs-AGB, Version 1.0 vom 08.07.2013) [Anlagen E.2.1 und E02-2];
 - d) für die Leistungen im Zusammenhang mit dem virtuellen Lesesaal gemäß Ziffer 1.1 Absatz (1) Buchstaben d) bis f) die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Beschaffung von Informationstechnik (EVB-IT), bestehend aus dem Vertrag über Cloudleis-

- tungen (EVB-IT Cloud) samt den Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (EVB-IT Cloud-AGB, Version 1.01 vom 01.03.2022) [Anlagen E.3.1 und E03-2];
- e) die Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) u.a. zu Mindeststundenentgelt und Tariftreue, zur Frauenförderverordnung, zur Scientology-Schutzklausel, zur Verhinderung von Benachteiligungen, über Kontrollen und Sanktionen sowie über Umweltschutzanforderungen samt Anlage [Anlagen E.4.1 und E04-2];
 - f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Fassung 2003, vom 05.08.2003 (BANz Nr. 178 a vom 23.09.2003) [Anlage E05];
 - g) das endgültige Angebot des Auftragnehmers und dessen Anlagen sowie die auf Verlangen zusätzlich eingereichten Erklärungen und Unterlagen des Auftragnehmers zur Bestätigung, Erläuterung oder Aufklärung dieses Angebotes [Anlagen];
 - h) der Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Absatz (4).
- (3) Zur ergänzenden Auslegung des Vertrages können darüber hinaus die weiteren Unterlagen aus dem Vergabeverfahren 20119-24 nacheinander in folgender Rangfolge herangezogen werden, soweit sie den in Absatz (2) genannten Vertragsbestandteilen, insbesondere der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen, nicht widersprechen:
- a) die Aufforderung zur Abgabe eines finalen Angebotes [Anlage C.03];
 - b) die Korrespondenz samt den Zwischenstadien der Vergabeunterlagen im Rahmen der Verhandlungen mit dem Auftragnehmer [Anlagen];
 - c) die Aufforderung/en zur Abgabe eines Erstangebotes [Anlage C.1], das Erstangebot des Auftragnehmers mit den darin bezeichneten Anlagen sowie die auf Verlangen zusätzlich eingereichten Erklärungen und Unterlagen des Auftragnehmers zur Bestätigung, Erläuterung oder Aufklärung dieses Erstangebotes [Anlagen];
 - d) die Aufforderung zur Interessensbestätigung [Anlage A.1], der Teilnahmeantrag des Auftragnehmers mit den darin bezeichneten Anlagen sowie die auf Verlangen zusätzlich eingereichten Erklärungen und Unterlagen des Auftragnehmers zur Bestätigung, Erläuterung oder Aufklärung seines Teilnahmeantrages [Anlagen];
 - e) die Vorinformation im EU-Amtsblatt [Anlage 0].
- (4) Der Auftragnehmer wird mit dem Auftraggeber unverzüglich nach Vertragsschluss eine schriftliche Vereinbarung (Auftragsverarbeitungsvertrag) treffen, die die gesetzlichen Anforderungen des Datenschutzes, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung, erfüllt und umsetzt. Im Zuge dessen treffen die Parteien angemessene technisch organisatorische Maßnahmen (TOM). Der Auftragnehmer berät und unterstützt den Auftraggeber in diesem Zusammenhang. Der Auftragsverarbeitungsvertrag wird Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung; er ist anzupassen, sobald und soweit die gesetzlichen Anforderungen dies erfordern.
- (5) Angebotsinhalte des Auftragnehmers, die zwingenden Vorgaben der Vergabeunterlagen in der bei Ablauf der Angebotsfrist zur Einreichung der finalen Angebote im Vergabeverfahren 20119-24 bekannt gemachten Fassung widersprechen, werden nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt insbesondere für allgemeine (nicht auftragsbezogen, sondern für eine Mehrzahl von Kunden) erstellte Präsentationen, Broschüren, Datenblätter, Handbücher und vergleichbare

Produkt-/Informationsunterlagen des Auftragnehmers. Die Vorgaben der Vergabeunterlagen sind zwingend, soweit eine Abweichung, Ergänzung oder Ausfüllung durch den Auftragnehmer nicht ausdrücklich oder nach den objektiv erkennbaren Umständen in den Vergabeunterlagen zugelassen ist.

- (6) Allgemeine Geschäfts-, Nutzungs-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers im Sinne von § 305 BGB sind ausgeschlossen und werden nicht Bestandteil des Vertrages, auch wenn der Auftraggeber ihrer Geltung nicht ausdrücklich widersprochen haben sollte, es sei denn, dass auftragnehmerseitige Bedingungen im Vergabeverfahren 20119-24 ausdrücklich vereinbart wurden und dieser Rahmenvereinbarung beigelegt sind [\[Anlage\]](#).
- (7) Kalkulationsannahmen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, auch wenn der Auftragnehmer hierauf im Laufe des Vergabeverfahrens hingewiesen hat und/oder das Angebot des Auftragnehmers dahingehend im Vergabeverfahren 20119-24 aufgeklärt oder geprüft wurde (z.B. § 60 VgV).
- (8) Die Vertragsbestandteile und -grundlagen ergänzen einander. Soweit innerhalb oder zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen oder -grundlagen Widersprüche oder Lücken bestehen und für den Auftragnehmer erkennbar sind oder von ihm erkannt werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierauf unverzüglich, spätestens jedoch vor der Ausführung der jeweils betroffenen Leistung mindestens in Textform hinzuweisen, sofern ihm dies zumutbar ist. Soweit die Unstimmigkeit Art oder Umfang der zu erbringenden Leistung betrifft und Absatz (2) für eine Klärung unzureichend ist, ist die jeweils höherwertige Leistung und, wenn sich diese nicht eindeutig bestimmen lässt, die detaillierter (spezieller) beschriebene Leistung geschuldet; in allen übrigen Fällen trifft der Auftraggeber im Einzelfall eine Entscheidung nach billigem Ermessen im Sinne des § 315 BGB.

1.3. Grundsätze der Leistungserbringung

- (1) Die vom Auftraggeber mithilfe der Leistungen des Auftragnehmers nach dieser Rahmenvereinbarung verwalteten elektronischen Aufzeichnungen (Archivgut) sind bedeutsames öffentliches Kulturgut. Die Beständigkeit, Dauerhaftigkeit, Authentizität, Integrität und Verfügbarkeit dieser Daten sind ein wesentliches Ziel des Auftrags.
- (2) Die Gewährleistung eines hohen IT- und Cybersicherheitsstandards ist eine wesentliche Vertragspflicht des Auftragnehmers.
- (3) Die Leistungen des Auftragnehmers nach dieser Rahmenvereinbarung bilden eine funktionelle, wirtschaftliche und rechtliche Einheit. Der Auftragnehmer erbringt hierzu sämtliche Leistungen, einschließlich Nebenleistungen, die für eine vollständige Leistung und deren bestimmungsgemäße Nutzung erforderlich sind und sich aus den Festlegungen in der Leistungsbeschreibung für einen fach- und sachkundigen Leistungserbringer konsequent ergeben, auch wenn sie in der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich aufgeführt sind.
- (4) Absatz (3) gilt nicht für Leistungerschwernisse, die nicht aus der Sphäre des Auftragnehmers stammen und für einen fach- und sachkundigen Leistungserbringer auch bei Anwendung der gebotenen Fachkunde und Sorgfalt nicht vorhersehbar sind; für diese Fälle trifft den Auftragnehmer die Pflicht zur Vorsorge, Verhinderung und Beratung. Vorsorge in diesem Sinne bedeutet, dass der Auftragnehmer seine Leistungserbringung planvoll und beständig

überwacht, um negative Auswirkungen und drohende Gefahren möglichst frühzeitig zu erkennen und zu identifizieren. Verhinderung in diesem Sinne bedeutet, dass der Auftragnehmer die notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen trifft, um drohende Gefahren abzuwenden und negative Auswirkungen einzudämmen bzw., soweit möglich, zu beseitigen. Beratung in diesem Sinne bedeutet, dass der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich sowie sach- und fachkundig über negative Auswirkungen bzw. drohende Gefahren, die hiergegen von ihm ergriffenen Vorkehrungen und die darüber hinaus notwendigen oder angezeigten Maßnahmen informiert.

- (5) Soweit das Angebot des Auftragnehmers Konzepte im Hinblick auf die von ihm angebotene Leistung enthält, sind diese Konzepte vorbehaltlich Ziffer 1.2 Absatz (5) Vertragsbestandteil und gelten als ergänzende Bestimmung über die Beschaffenheit der Leistung. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in dem Konzept von ihm angebotenen Maßnahmen (z.B. zur Planung, Organisation, Implementierung, Ausführung und Absicherung der Leistung), Qualitäten, Standards und Ziele im Rahmen der Leistungserbringung umzusetzen und zwar auch dann, wenn sie nicht die Leistungserbringung selbst betreffen, sondern ein anderes Stadium im Lebenszyklus der Leistung (z.B. soziale oder umweltbezogene Aspekte). Darauf, ob die Konzeptangaben in die Angebotswertung eingeflossen sind, kommt es nicht an.
- (6) Soweit nach dieser Rahmenvereinbarung und der Leistungsbeschreibung keine höheren Anforderungen aufgestellt sind, erbringt der Auftragnehmer seine Leistungen mindestens gemäß dem jeweils bei der Leistungserbringung aktuellen Stand der Technik unter Einhaltung aller einschlägigen und allgemein anerkannten fachlichen Normen sowie aller verbindlichen Standards, insbesondere der verbindlichen Beschlüsse des deutschen IT-Planungsrates. Beratungs- und Entwicklungsleistungen erbringt der Auftragnehmer mindestens gemäß dem jeweils bei der Leistungserbringung aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik.
- (7) In Bezug auf die nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen wendet der Auftragnehmer in seinem Unternehmen ein geeignetes, systematisches und effektives Managementsystem zur Qualitätssicherung (Produkt- und Prozessqualität) sowie zur Sicherung, Steuerung und Überwachung seiner Lieferketten an. Ein gleich bleibend hoher Qualitätsstandard seiner Leistung ist vom Auftragnehmer durch regelmäßige Audits/Qualitätskontrollen sicherzustellen. Auf Verlangen sind die Kriterien der Audits/Qualitätskontrollen und der erreichte Erfüllungsgrad dem Auftraggeber mitzuteilen.
- (8) Bei der Leistungserbringung soll der Auftragnehmer wirtschaftlich angemessene Maßnahmen zum Umweltschutz, insbesondere zur Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, ergreifen und hinsichtlich ihres Erfolgs überwachen. Der Auftragnehmer bzw. das zur Auftragsausführung eingesetzte Rechenzentrum wendet zum Betrieb des virtuellen Lesesaals mindestens ein geeignetes, systematisches und effektives System zum Energiemanagement und zum Energie-Monitoring an. Auf Anforderung berichtet der Auftragnehmer dem Auftraggeber über die Effektivität des Systems und den Grad der Energieeffizienz.
- (9) Die Parteien vereinbaren eine enge und kooperative Zusammenarbeit auf technischer, organisatorischer und vertraglicher Ebene unter besonderer Berücksichtigung der Ziele dieser Rahmenvereinbarung und ihrer jeweils gegenseitigen Belange. Sie informieren sich vorausschauend, frühzeitig und umfassend über alle für ihre jeweils gegenseitigen Interessen relevanten Fragen.

- (10) Im Übrigen führt der Auftragnehmer die vertraglichen Leistungen eigenverantwortlich nach den jeweils geltenden, einschlägigen Gesetzen, Vorschriften und Normen aus und stellt sicher, dass er über die erforderlichen Erlaubnisse und Genehmigungen sowie Zustimmungen und Rechte Dritter verfügt, die er benötigt, um seine Leistungen zu erbringen.

1.4. Kapazitäteneinsatz

- (1) Der Auftragnehmer setzt bei der Auftragsausführung mindestens diejenigen Kapazitäten (Mittel, Fähigkeiten und Ressourcen) ein, die er im Zuge des Vergabeverfahrens zur Darlegung seiner Leistungsfähigkeit oder der Qualität seines Angebotes angegeben hat.
- (2) Soweit sich der Auftragnehmer im Vergabeverfahren auf bereits erbrachte Leistungen („Referenzaufträge“) berufen hat, ist er verpflichtet, die zur Ausführung der Referenzleistungen eingesetzten personellen und technischen Mittel auch bei der Ausführung der Leistungen nach dieser Rahmenvereinbarung in einer Weise einzusetzen, die geeignet ist, die bei der Ausführung der Referenzaufträge gewonnenen Erfahrungen, das dabei erworbene Know-how und die dabei erreichte Qualität auf die nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen zu übertragen (z.B. Einsatz von Personal mit den entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen in entsprechender Position).
- (3) Soweit der Auftragnehmer im Vergabeverfahren angegeben hat, dass ihm besondere berufliche Befähigungen, personelle Mittel, technische Ausstattungen oder Ausrüstungen, Maßnahmen der Qualitätssicherung/-kontrolle, Lieferkettenmanagement-/überwachungssysteme, Maßnahmen des Umweltmanagements oder Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten zur Ausführung der Leistungen nach dieser Rahmenvereinbarung zur Verfügung stehen, hat der Auftragnehmer diese mindestens in dem von ihm angegebenen Umfang und in der angegebenen Qualität bei der Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen einzusetzen.
- (4) Soweit der Auftragnehmer im Vergabeverfahren auf Bescheinigungen oder Zertifikate von Behörden oder anerkannten Instituten (Zertifizierungsstellen, Konformitätsbewertungsstellen) verwiesen hat, hat er deren Gültigkeit während der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung aufrecht zu erhalten bzw. zu erneuern. Der Auftraggeber kann die Vorlage der jeweils gültigen Bescheinigungen und Zertifikate verlangen.
- (5) Die vorstehenden Verpflichtungen des Auftragnehmers erstrecken sich auch auf die Kapazitäten anderer Unternehmen, für die der Auftragnehmer im Vergabeverfahren angegeben hat, dass er sie bei der Auftragsausführung in Anspruch nehmen wird („Eignungsleihe“). Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, die Verfügbarkeit dieser Kapazitäten hinreichend abzusichern und gegebenenfalls gegenüber den anderen Unternehmen durchzusetzen.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber jedwede Änderung in Bezug auf das Vorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 4 GWB, § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 oder 7 GWB, den in § 124 Abs. 2 GWB genannten Vorschriften (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG) sowie §§ 15, 17 Abs. 3 BerlAVG sowie jedwede für die Vertragsabwicklung relevante Veränderung in Bezug auf seine Eignung (Erlaubnis und Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie berufliche und technische Leistungsfähigkeit) unverzüglich in Textform mitzutei-

len. Das schließt die Pflicht zur Ankündigung absehbarer Veränderungen ein. Dieselben Mitteilungspflichten treffen den Auftragnehmer hinsichtlich etwaiger Ausschlussgründe oder Veränderungen der Eignung in Bezug auf von ihm zur Vertragsabwicklung eingesetzter Unterauftragnehmer sowie in Bezug auf andere Unternehmen, deren Kapazitäten der Auftragnehmer bei der Auftragsausführung in Anspruch nimmt („Eignungsleihe“).

1.5. Beschäftigungspolitische Nebenpflichten

- (1) Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung zu entrichten und seine arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten einzuhalten.
- (2) Zur Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen setzt der Auftragnehmer nur sozialversicherungspflichtig auf der Grundlage eines schriftlich abgefassten Arbeitsvertrages beschäftigtes Personal ein. Diese Vorgabe hat neben beschaffungspolitischen Zielen (§ 128 Abs. 2 GWB) den Zweck, die Kontinuität der Leistung und eine dauerhaft gleichbleibende Qualität der Leistung zu fördern.
- (3) Der Auftragnehmer zahlt seinen zur Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen eingesetzten Beschäftigten mindestens das zum Zeitpunkt der Abgabe seines endgültigen Angebotes nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 2 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) festgesetzte Mindestentgelt. Soweit nach dieser Rahmenvereinbarung, insbesondere nach den Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) gemäß Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe e), parallele Verpflichtungen des Auftragnehmers zur Zahlung eines Mindestentgelts oder zur Gewährung von Mindestarbeitsbedingungen gegenüber seinen Beschäftigten bestehen, ist die für diese Beschäftigten jeweils günstigste Regelung maßgeblich. Unbeschadet der vorstehenden Verpflichtungen gewährt der Auftragnehmer seinen Beschäftigten wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen verbindlich vorgegeben werden.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet zu jeder Zeit, dass die von ihm zur Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen eingesetzten Personen und Erfüllungsgehilfen keine Äußerungen oder Handlungen vornehmen, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen oder diese ablehnen. Der Auftragnehmer gewährleistet darüber hinaus, dass von ihm zu Beratungs- oder Schulungszwecken nach dieser Rahmenvereinbarung eingesetzte Personen und Erfüllungsgehilfen bei der Leistungserbringung nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden oder verbreiten. Bei einem Verstoß hat er die betreffenden Personen bzw. Erfüllungsgehilfen unverzüglich zu ersetzen, es sei denn, dass eine andere Maßnahme verhältnismäßig und angemessen ist.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtungen durch die von ihm zur Leistungserbringung eingesetzten Unterauftragnehmer sicherzustellen. Der Auftragneh-

mer stellt den Auftraggeber von sämtlichen berechtigten Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit den vorgenannten Verpflichtungen frei.

- (6) Vom Auftragnehmer zu vertretende und im Einzelfall hinreichend schwerwiegende oder durch Wiederholung schwerwiegend gewordene Verletzungen der vorgenannten Verpflichtungen berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Die Kündigung kann auf einen abgrenzbaren Teil der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen beschränkt werden, wenn dies für den Auftraggeber zumutbar und angesichts der Schwere der Verletzung sowie des Ausmaßes ihrer Auswirkungen verhältnismäßig und angemessen ist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

1.6. Personaleinsatz

- (1) Der Auftragnehmer benennt dem Auftraggeber, sofern nicht bereits im Vergabeverfahren geschehen, unverzüglich nach Vertragsschluss die nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung erforderlichen, für die Ausführung der Leistung zuständigen Personen unter Angabe der jeweiligen Verantwortlichkeiten, Kontaktdaten und Erreichbarkeiten. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich über Veränderungen in Bezug auf diese Personen. Unbeschadet Ziffer 1.5 Absatz (1) vermeidet der Auftragnehmer nach Möglichkeit Fluktuationen und häufige Veränderungen der benannten Personen und sorgt für eine hohe Kontinuität. Die vom Auftragnehmer dem Auftraggeber als zentrale Ansprechperson für die Ausführung der Leistung benannte Person ist vom Auftragnehmer bevollmächtigt und vertritt den Auftragnehmer rechtsverbindlich in allen Fragen der Vertrags- bzw. Leistungsabwicklung.
- (2) Der Auftragnehmer ist unbeschadet Ziffer 1.4 verpflichtet, die gegenüber dem Auftraggeber benannten, für die Ausführung der Leistung zuständigen Personen zur Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen in der jeweils angegebenen Funktion bzw. Position einzusetzen. Ein Austausch der benannten Personen durch den Auftragnehmer ist nur aus triftigem Grund (z.B. Urlaub, Krankheit, Ausscheiden, Schwangerschaft usw.) und nur nach vorheriger Anzeige gegenüber dem Auftraggeber zulässig. Im Falle eines zulässigen Austauschs ist der Auftragnehmer verpflichtet, eine mindestens gleichwertig qualifizierte Person als Ersatz einzusetzen.
- (3) Unbeschadet weitergehender Vorgaben in der Leistungsbeschreibung setzt der Auftragnehmer zur Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen nur solche Personen (einschließlich etwaiger Stellvertretungen) ein, die für die Leistungserbringung in der vereinbarten Sicherheit und Qualität geeignet und zuverlässig, für die jeweils vorgesehene Funktion hinreichend qualifiziert und geschult sowie durch den Auftragnehmer eingewiesen und eingearbeitet sind.
- (4) Unbeschadet der sachlichen, fachlichen, zeitlichen und örtlichen Bindungen der Leistungen gemäß dieser Rahmenvereinbarung führt der Auftragnehmer die von ihm geschuldeten Leistungen selbständig und in eigener Verantwortung aus. Das Weisungsrecht gegenüber den vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen verbleibt allein beim Auftragnehmer. Der Auftraggeber hat gegenüber diesen Personen keine arbeitsorganisatorischen Weisungsbefugnisse; sonstige Rechte des Auftraggebers (z.B. Eigentum, Hausrecht, Schutzrechte/-pflichten) bleiben unberührt. Die vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung

eingesetzten Personen werden nicht in die betrieblichen Abläufe des Auftraggebers eingliedert. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass berechnigte Weisungen des Auftraggebers, die zur ordnungsgemäßen Ausführung der nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen erforderlich sind, durch die vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen eingehalten und umgesetzt werden.

1.7. Unteraufträge und Einsatz anderer Unternehmen

- (1) Der Auftragnehmer darf die Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers Dritten übertragen (Unteraufträge) oder einen Dritten, dem der Auftraggeber zugestimmt hat, durch einen anderen Dritten austauschen. Als wesentliche Teilleistungen gelten insbesondere solche, die die Qualität der vertraglich geschuldeten Leistungen beeinflussen und nicht nur in zu vernachlässigendem Umfang anfallen.
- (2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber in jedem Fall vor dem erstmaligen Einsatz die Namen, die gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten aller eingesetzten Unterauftragnehmer anzugeben und etwaige Änderungen unverzüglich mitzuteilen. Die Zustimmung nach Absatz (1) kann der Auftraggeber von einer vorherigen Prüfung der Eignung der Unterauftragnehmer abhängig machen, soweit diese Prüfung nicht bereits im Zuge des Vergabeverfahrens erfolgt ist. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf Verlangen die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß Absatz (5) in Bezug auf den Unterauftragnehmer sowie zur Erfüllung der Eignungskriterien durch den Unterauftragnehmer (Erlaubnis und Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie berufliche und technische Leistungsfähigkeit) hinsichtlich der von diesem auszuführenden Teilleistungen vorzulegen.
- (3) Soweit der Auftragnehmer Unterauftragnehmer einsetzt, hat er bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen zu beteiligen und die Unterauftragnehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich bei den vertragsgegenständlichen Leistungen um einen öffentlichen Auftrag handelt und die vereinbarten Preise der Verordnung PR Nr. 30/53 unterliegen. Der Auftragnehmer wird mit den von ihm eingesetzten Unterauftragnehmern insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, der Gewährleistung und der Sicherheitsleistungen, vereinbaren, als sie nach diesem Vertrag vereinbart sind. Bei der Unterbeauftragung sind unbeschadet weitergehender Verpflichtungen nach dieser Rahmenvereinbarung die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B) zum Vertragsbestandteil des Unterauftrags zu machen. Der Auftragnehmer hat den von ihm eingesetzten Unterauftragnehmern mindestens die den Auftragnehmer für die übertragenen Teilleistungen nach dem vorliegenden Vertrag treffenden Pflichten aufzuerlegen und vertraglich abzusichern sowie deren Einhaltung zu überwachen. Der Auftragnehmer darf insbesondere nur solche Unterauftragnehmer einsetzen, die sich zur Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe e) für Lieferungen und Dienstleistungen, zum Mindeststundenentgelt, zur Frauenförderverordnung, zur Verhinderung von Benachteiligungen und über Kontrollen und Sanktionen sowie zur Einhaltung der beschäftigungspolitischen Nebenpflichten gemäß Ziffer 1.5 verpflichten. Auf Verlangen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Einhaltung dieser Pflichten nachzuweisen.

- (4) Soweit sich der Auftragnehmer im Zuge des Vergabeverfahrens auf die berufliche Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens hinsichtlich der einschlägigen Referenzen oder beruflichen Erfahrungen oder der Studien- bzw. Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des anderen Unternehmens und/oder dessen Führungskräfte berufen hat („Eignungsleihe“), ist der Auftragnehmer verpflichtet, dieses Unternehmen bei der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen als Unterauftragnehmer für diejenigen Teilleistungen einzusetzen, für die diese berufliche Leistungsfähigkeit erforderlich ist (s. auch Ziffer 1.4 Absatz (5)). Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, die Verfügbarkeit dieses Unternehmens als Unterauftragnehmer hinreichend abzusichern und gegebenenfalls gegenüber dem Unternehmen durchzusetzen.
- (5) Bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 4 GWB, § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 oder 7 GWB, den in § 124 Abs. 2 GWB genannten Vorschriften (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG) sowie §§ 15, 17 Abs. 3 BerlAVG in Bezug auf einen Unterauftragnehmer kann der Auftraggeber verlangen, dass der Auftragnehmer den Unterauftragnehmer ersetzt. Dasselbe gilt für den Fall, dass der Unterauftragnehmer hinsichtlich der von ihm auszuführenden Teilleistungen die hierfür erforderlichen Eignungsanforderungen nicht oder nicht mehr erfüllt. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend in Bezug auf andere Unternehmen, auf deren Kapazitäten sich der Auftragnehmer im Vergabeverfahren berufen hat („Eignungsleihe“), sowie im Falle, dass ein anderes Unternehmen die Kapazitäten, auf die sich der Auftragnehmer berufen hat, nicht oder nicht mehr in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stellt. Für die Ersetzung kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Frist setzen. Absatz (2) findet hinsichtlich des ersetzenden Unterauftragnehmers bzw. anderen Unternehmens entsprechende Anwendung.
- (6) Unterauftragnehmer werden nicht Vertragspartner des Auftraggebers; § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. c GWB bleibt unberührt. Der Auftragnehmer ist für die Vertragserfüllung gegenüber dem Auftraggeber ausschließlich allein verantwortlich.

1.8. Beistellungen und Mitwirkungen des Auftraggebers

- (1) Die Beistellungen, insbesondere die bestehende IT-Infrastruktur und die Mitwirkungen des Auftraggebers, ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.
- (2) Im Übrigen hat sich der Auftragnehmer allgemein zugängliche Ausführungsunterlagen (z.B. zu einschlägigen Normen und Standards) ohne Anspruch auf besondere Vergütung selbst zu beschaffen. Allgemein zugänglich sind Ausführungsunterlagen, die dazu bestimmt und nach der Form ihrer Darbietung (z.B. im Internet) dazu geeignet sind, der Allgemeinheit, d.h. einem individuell unbestimmten Personenkreis, Informationen zu vermitteln. Ob der Zugang zu diesen Informationen nur gegen Entgelt zu erhalten ist, ist nicht relevant.
- (3) Der Auftragnehmer hat erforderliche Mitwirkungen des Auftraggebers rechtzeitig, mindestens fünf Werktage im Voraus, und mindestens in Textform (§ 126b BGB) anzufordern. Im Fall einer aus der Sicht des Auftragnehmers fehlenden oder unzureichenden Mitwirkung des Auftraggebers weist der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich mindestens in Textform (§ 126b BGB) darauf hin und benennt die aus seiner Sicht notwendigen Vorkehrungen oder Maßnahmen des Auftraggebers. Für den Auftraggeber nachteilige Rechtsfolgen aus einer Verletzung von Mitwirkungspflichten setzen voraus, dass der Auftragnehmer den Auftrag-

geber mindestens in Textform (§ 126b BGB) auf diese Folgen hingewiesen und fruchtlos eine angemessene Nachfrist zur Abhilfe gesetzt hat.

§ 2 Vergütung und Abrechnung

2.1. Vergütung

- (1) Die Einzelheiten der Vergütung des Auftragnehmers ergeben sich aus dem Preisblatt im endgültigen Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren 20119-24 gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe g).
- (2) Für alle Vergütungsbestandteile nach dieser Rahmenvereinbarung gilt einheitlich der Euro als Währung.
- (3) Die vereinbarte Vergütung versteht sich zuzüglich der gesetzlich anfallenden Umsatzsteuer.
- (4) Die vereinbarten Preise sind vorbehaltlich der Regelungen in Ziffer 2.2 Festpreise für die Dauer der Rahmenvereinbarung. Mit den vereinbarten Preisen sind alle nach diesem Vertrag vereinbarten Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers einschließlich solcher Nebenleistungen, die für eine vollständige und mangelfreie Leistungserbringung erforderlich sind, abgegolten. Mit den vereinbarten Preisen sind auch sämtliche Nebenkosten einschließlich Reise- und Materialkosten (z.B. Lohn- und Lohnnebenkosten, übertarifliche Zulagen, Zeit- und Erschwerniszuschläge, Verpackungs- und Transportkosten, Rollgeld, Fracht, Spesen, Betriebsmittel, Versicherungen, Abgaben, Gebühren, Nutzungs- und Lizenzgebühren usw.) einschließlich der Kosten für vom Auftragnehmer in die Leistungserbringung eingebundene Dritte (z.B. Unterauftragnehmer) abgegolten.
- (5) Etwaige Unklarheiten, Lücken, Widersprüche oder Fehler in den Bestandteilen dieser Rahmenvereinbarung, die vom Auftragnehmer vor der Abgabe seines endgültigen Angebotes erkannt wurden oder für ihn erkennbar waren, können, soweit deshalb eine Anpassung der Leistung des Auftragnehmers erforderlich wird, keinen Anspruch des Auftragnehmers auf Mehrvergütung oder Mehrkosten begründen, wenn der Auftragnehmer sie dem Auftraggeber nicht vor der Abgabe des finalen Angebotes im Vergabeverfahren mitgeteilt hat, es sei denn, der Auftragnehmer hat die unterlassene Mitteilung nicht zu vertreten. § 313 BGB bleibt unberührt.
- (6) Leistungen des Auftragnehmers, die der Mangelgewährleistung unterfallen und der Mangelbeseitigung dienen, werden nicht vergütet.
- (7) Die vereinbarten Preise unterliegen der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (VO PR 30/53) vom 21. November 1953 (BANz Nr. 244 vom 18.12.1953) in der bei Ablauf der Angebotsfrist zur Einreichung der finalen Angebote im Vergabeverfahren 20119-24 geltenden Fassung. Dies gilt auch für mittelbare Leistungen, z.B. Unteraufträge (§ 2 Abs. 4 VO PR 30/53).
- (8) Sofern in dieser Rahmenvereinbarung auf den Auftragswert Bezug genommen wird und nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist, entspricht der Auftragswert der Nettoangebotssumme (ohne Umsatzsteuer) inklusive aller Optionen und Zulagen aus dem Preisblatt im endgültigen Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren 20119-24 gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe g).

2.2. Vergütungsanpassung

- (1) Unter der Voraussetzung, dass sich der vom Statistischen Bundesamt amtlich festgestellte Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen der Informationstechnologie (WZ08-62, 2021=100) oder, falls dieser Index nicht fortgeführt wird, ein an dessen Stelle getretener, vom Statistischen Bundesamt amtlich festgestellter Index oder hilfsweise ein vergleichbarer Index seit Vertragsschluss oder dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der letzten Anpassung um mehr als 3 Prozent nach oben oder unten verändert hat, kann jede Vertragspartei durch schriftliche Erklärung gegenüber der jeweils anderen Vertragspartei eine Anpassung der vertraglich vereinbarten Vergütung verlangen (Beispiel: Hatte der Index bei Vertragsschluss einen Stand von 106 Punkten, ist eine Preisanpassung ab einer Veränderung in Höhe von $[106 \times 0,03 =] 3,18$ Punkten möglich, wenn also der Index über 109,18 Punkte steigt oder unter 102,82 Punkte sinkt).
- (2) Die Höhe der Vergütungsanpassung richtet sich nach der Indexveränderung, die den Schwellenwert in Absatz (1) übersteigt. Es wird nur die über 3 Prozent hinausgehende Veränderung bei der Vergütungsanpassung berücksichtigt (im genannten Beispiel: Steigt der Index auf einen Stand von 111,3 Punkten, wird nur die überschießende Veränderung von $[111,3 - 109,18 =] 2,12$ % zur Vergütungsanpassung herangezogen).
- (3) Eine Vergütungsanpassung kann erstmalig 12 Monate nach Inkrafttreten der Rahmenvereinbarung gemäß § 3 Ziffer 3.1 Absatz (1), weitere Anpassungen frühestens jeweils 12 Monate nach dem Wirksamwerden der vorherigen Anpassung erfolgen. Die Vergütungsanpassung ist mit einer Frist von mindestens zwei Monaten zum Ende eines Kalenderquartals mindestens in Textform (§ 126b BGB) unter Angabe der Höhe, ihrer Berechnung und der betroffenen Preise zu verlangen. Die angepassten Einheitspreise sind auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch zu runden (DIN 1333). Die Vergütungsanpassung wird nach einem ordnungsgemäßen Anpassungsverlangen zum darauffolgenden Kalenderquartal wirksam.

2.3. Abrechnung und Zahlung

- (1) Über die angefallene Vergütung für die von ihm erbrachten und in einer prüfbaren Aufstellung nachgewiesenen Leistungen rechnet der Auftragnehmer jeweils zum Beginn eines Kalenderquartals für das vorangegangene Kalenderquartal ab. Jahrespauschalen für den laufenden Betrieb kann der Auftragnehmer zum Beginn eines Kalenderjahres abrechnen.
- (2) Zur Abrechnung übermittelt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine prüfbare und übersichtliche Aufstellung auf der Grundlage des Preisblattes im endgültigen Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren 20119-24 gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe g). Die Aufstellung muss eine rasche und sichere Beurteilung und Zuordnung der erbrachten Leistungen ermöglichen. Die Aufstellung muss hierzu mindestens die folgende Aufgliederung aufweisen und die folgenden Daten erkennen lassen:
 - a) Alle abrechenbaren Vergütungsansätze sind stets der jeweils zutreffenden Position aus dem Preisblatt zuzuordnen und entsprechend aufzugliedern.
 - b) Pauschalvergütungen sind nach ihrem jeweiligen Anfall (Einmalpauschale, Abschlag oder Schlussabrechnung) darzustellen.
 - c) Zeitabhängige Vergütungen erfordern mindestens die folgenden Angaben:

- Datum der Leistungserbringung
 - Name oder Personalnummer der leistungsausführenden Person/en
 - Leistungszeit in Stunden (mindestens im Viertelstundentakt)
 - Nachvollziehbare Kurzbeschreibung der erbrachten Leistungen
 - Anwendbarer Einheitspreis/Stundensatz (netto, ohne Umsatzsteuer)
 - Gesamtbetrag für den Abrechnungszeitraum (netto, ohne Umsatzsteuer)
- d) Weitere abrechnungsbegründende Erklärungen, Erläuterungen oder Unterlagen, die zum Verständnis oder zur Prüfbarkeit der Quartalsaufstellung bzw. Abrechnung erforderlich sind, sind der Aufstellung jeweils beizufügen.
- (3) Leistungen des Auftragnehmers, die der Mangelgewährleistung unterfallen und der Mangelbeseitigung dienen, werden vom Auftragnehmer gesondert erfasst und nicht abgerechnet. Über die gesondert erfassten Leistungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen Auskunft (insbesondere zu Datum, Zeit und Gegenstand) zu erteilen.
- (4) Hinsichtlich solcher Leistungen, die nach Aufwand vergütet werden (z.B. zeitabhängige Vergütung), hat der Auftragnehmer keinen Anspruch darauf, dass die im Vergabeverfahren 20119-24 geschätzten Aufwandsmengen (z.B. Stundenanzahl) tatsächlich anfallen. Nur der tatsächlich angefallene und prüfbar abgerechnete Aufwand wird vergütet. Bleibt der tatsächlich anfallende Aufwand hinter den im Vergabeverfahren 20119-24 geschätzten Mengen zurück, wird für die nicht angefallenen Aufwandsmengen keine Entschädigung geleistet.
- (5) Der Auftragnehmer weist den Auftraggeber mindestens in Textform (§ 126b BGB) unverzüglich darauf hin, sobald absehbar ist, dass die im Vergabeverfahren 20119-24 geschätzten Mengen (z.B. Stundenanzahl) in einem Vertragsjahr voraussichtlich überschritten wird.
- (6) Zahlungen des Auftraggebers erfolgen nur auf der Grundlage einer prüffähigen Abrechnung des Auftragnehmers binnen einer Zahlungsfrist von 30 Kalendertagen nach Zugang der Abrechnung. Eine Abrechnung, die nicht den in dieser Ziffer 2.3 geregelten Anforderungen entspricht, begründet keine Fälligkeit der Vergütung und keinen Zahlungsverzug.
- (7) Der Auftraggeber kann mit einer Frist von einem Monat die Umstellung auf eine elektronische Rechnungstellung gemäß der Anforderungen der E-Rechnungsverordnung (E-RechV) des Landes Berlin in der jeweils gültigen Fassung verlangen. Im Falle eines rechtzeitigen Verlangens setzt der Auftragnehmer dies zur nächsten Abrechnung um. Die Leitweg-ID des Auftraggebers lautet: 11-1300814000-50.
- (8) Zahlungen erfolgen bargeldlos und elektronisch auf ein vom Auftragnehmer zu benennendes Bankkonto. Zahlungen sind ohne Einfluss auf die Haftung des Auftragnehmers; sie gelten nicht als Abnahme von Teilen der Leistung.

2.4. Vertragsstrafen

- (1) Der Auftragnehmer verwirkt für jeden Fall einer von ihm zu vertretenden Nichteinhaltung bzw. Schlechterfüllung der Pflichten und Vorgaben aus dieser Rahmenvereinbarung bzw. der Leistungsbeschreibung die in dieser Rahmenvereinbarung und ihren Bestandteilen gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) geregelten Vertragsstrafen.

- (2) Für den Fall einer Überschreitung der in § 3 Ziffer 3.1 Absatz (3) geregelten Frist zur Fertigstellung und Bereitstellung des AFIS und des virtuellen Lesesaals wird für jeden angefangenen Werktag, an dem sich der Auftragnehmer mit der Einhaltung des verbindlichen Vertragstermins in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2% des Nettoauftragswertes für die in Verzug befindliche Leistung vereinbart.
- (3) Vertragsstrafen fallen nicht an, wenn der Auftragnehmer den Umstand, der die Vertragsstrafe ausgelöst hat, nicht zu vertreten hat.
- (4) Die Kumulation mehrerer verwirkter Vertragsstrafen nach dieser Rahmenvereinbarung und ihren Bestandteilen darf bei Abwägung der widerstreitenden Interessen zu Art, Gewicht und Anzahl der Pflichtverstöße nicht außer Verhältnis stehen. Der Auftraggeber verzichtet auf eine Durchsetzung von Vertragsstrafen, die ein verhältnismäßiges Maß überschreiten. Das ist in der Regel der Fall, wenn alle verwirkten Vertragsstrafen in Summe einen Betrag in Höhe von 5 % des Nettoauftragswertes überschreiten.
- (5) Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche, die auf demselben Umstand beruhen, angerechnet.

§ 3 Laufzeit, Termine, Leistungsbeginn, Beendigung

3.1. Beginn, Projektrealisierung

- (1) Die Rahmenvereinbarung tritt mit Zugang des Zuschlagsschreibens auf das endgültige Angebot des Auftragnehmers im Vergabeverfahren 20119-24 gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (1) in Kraft.
- (2) Der Auftragnehmer hat die Zeiträume bzw. Termine zur Projektrealisierung in der Leistungsbeschreibung gemäß § 1 Ziffer 1.2 Absatz (2) Buchstabe b) umzusetzen, die hierzu erforderlichen Planungen, Vorbereitungen und Organisationen zu treffen, die notwendigen Vorhaltungen sicherzustellen und die vereinbarten Projektmanagement-, Beratungs- und Serviceleistungen zu erbringen. Der Auftragnehmer weist den Auftraggeber mindestens in Textform (§ 126b BGB) unverzüglich darauf hin, sobald absehbar ist, dass die in der Leistungsbeschreibung vorgesehenen Zeiträume bzw. Termine zur Projektrealisierung voraussichtlich überschritten werden.
- (3) Als verbindlicher, vom Auftragnehmer einzuhaltender, wesentlicher Vertragstermin gilt ausgehend vom Inkrafttreten der Rahmenvereinbarung gemäß Absatz (1) die Fertigstellung aller Leistungen zur Projektrealisierung und abnahmereifen Bereitstellung (Live-Going) des AFIS und des virtuellen Lesesaals nach 24 Monaten. Der vom Auftragnehmer mit dem finalen Angebot eingereichte Projektplan ist vom Auftragnehmer einzuhalten und umzusetzen.
- (4) Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt 60 Monate. Die Laufzeit beginnt mit Inkrafttreten der Rahmenvereinbarung gemäß Absatz (1). Sie endet mit Ablauf des 60. Monats, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Das Ende der Laufzeit der Rahmenvereinbarung hat keine Auswirkung auf die auf ihr beruhenden Leistungsabrufe.
- (5) Der Auftraggeber kann die Laufzeit der Rahmenvereinbarung dreimalig um jeweils 12 Monate auf maximal 96 Monate verlängern. Die Verlängerung erfolgt durch einseitige verbindliche Erklärung des Auftraggebers mindestens in Textform (§ 126b BGB), die vom Auftragnehmer

zu Beweis Zwecken zu bestätigen ist. Die Erklärung muss dem Auftragnehmer mit einer Frist von drei Monaten vor dem jeweiligen Ende der Laufzeit der Rahmenvereinbarung zugehen. Der Auftragnehmer kann auf diese Frist verzichten; über diesen Verzicht hat er sich unverzüglich nach Zugang einer verspäteten Verlängerungserklärung zu erklären.

3.2. Kündigung, Beendigung

- (1) Eine ordentliche Kündigung ist nicht vorgesehen.
- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt. Ein wichtiger, zur außerordentlichen und fristlosen Kündigung durch den Auftraggeber berechtigender Grund liegt insbesondere vor, wenn:
 - a) der Auftragnehmer im Vergabeverfahren in Bezug auf Ausschlussgründe (§§ 123 bis 126 GWB) oder Eignungskriterien gegenüber dem Auftraggeber eine Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB) oder in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien schuldhaft unvollständige oder fehlerhafte Angaben gemacht hat, die zu einem anderen Vergabeergebnis hätten führen können, wenn sie dem Auftraggeber rechtzeitig, vollständig und zutreffend bekannt gewesen wären;
 - b) bei Vertragsschluss in Bezug auf den Auftragnehmer ein Ausschlussgrund im Sinne der § 123 Abs. 1 bis 4 GWB oder § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 oder 7 GWB oder nach den in § 124 Abs. 2 GWB genannten Vorschriften vorlag, es sei denn, dass dem der Ausschlussgrund und alle Umstände, die zu dessen Beurteilung wesentlich sind, dem Auftraggeber bei Vertragsschluss vollständig bekannt waren;
 - c) bei Vertragsschluss in Bezug auf den Auftragnehmer ein Ausschlussgrund im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 5 oder 6 GWB vorlag und der Auftragnehmer den Ausschlussgrund oder die Umstände, die zu dessen Beurteilung wesentlich sind, verschleiert hat (z.B. auch durch kollusives Zusammenwirken mit Bediensteten oder Beauftragten des Auftraggebers);
 - d) nach Vertragsschluss in Bezug auf den Auftragnehmer ein Ausschlussgrund im Sinne der § 123 Abs. 1 bis 4 GWB oder § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 oder 7 GWB oder nach den in § 124 Abs. 2 GWB genannten Vorschriften eintritt und dem Auftraggeber deshalb ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist. Ein Festhalten am Vertrag ist dem Auftraggeber insbesondere dann nicht zumutbar, wenn sich die Umstände, die den Ausschlussgrund begründen, negativ auch auf die Abwicklung des Vertrages oder auf die Wahrnehmung des Auftraggebers es in der Öffentlichkeit auswirken können und der Auftragnehmer nicht unverzüglich effektive Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB durchführt oder diese nicht ausreichen, um die Auswirkungen des Ausschlussgrundes zeitnah und angemessen zu beseitigen. Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer für eine Selbstreinigung eine angemessene Frist setzen und nach deren Ablauf den Vertrag kündigen, wenn die gebotene Selbstreinigung unterbleibt oder unzureichend ist.
 - e) der Auftragnehmer schuldhaft und in nicht nur vernachlässigbarem Umfang gegen die in Ziffer 1.4 bis 1.7 geregelten Ausführungsbedingungen verstößt und entweder dem Auf-

traggeber deshalb ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist oder der Auftragnehmer es unterlässt, unverzüglich effektive Abhilfe zu schaffen. Buchstabe d) gilt entsprechend.

- f) der Auftraggeber von Beschäftigten des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers, Personalverleihers oder Erfüllungsgehilfen berechtigterweise als Bürge nach § 13 MiLoG oder § 14 AEntG in Anspruch genommen wird;
 - g) der Auftragnehmer Teilleistungen nach diesem Vertrag ohne Zustimmung des Auftraggebers in nicht nur vernachlässigbarem Umfang an Unterauftragnehmer überträgt und die Übertragung trotz angemessener Fristsetzung nicht beendet oder eine Zustimmung des Auftraggebers herbeiführt.
- (3) Eine Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit mindestens der Textform (§ 126b BGB).
 - (4) In den Fällen von Absatz (2) Buchstabe a) bis c) kann der Auftraggeber anstelle einer Kündigung vom Vertrag zurücktreten. Im Falle einer außerordentlichen Kündigung bzw. eines Rücktritts bleiben weitergehende Ansprüche, insbesondere Schadensersatz, unberührt.
 - (5) Die Vertragsbeendigung lässt nachvertragliche Pflichten des Auftragnehmers, insbesondere zur Wahrung der Vertraulichkeit und Herausgabe der archivierten Daten, unberührt.

§ 4 Haftung, Versicherung, Sicherheiten

4.1. Haftung

- (1) Die Vertragsparteien haften hinsichtlich der Erfüllung aller wechselseitigen Pflichten aus dieser Rahmenvereinbarung nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder seine Verrichtungs- bzw. Erfüllungsgehilfen (einschließlich von ihm eingesetzte Unterauftragnehmer) zu vertreten sind. § 14 Nr. 2 Buchst. b) VOL/B findet keine Anwendung.
- (3) Der Auftraggeber leistet dem Auftragnehmer Schadensersatz, gleich aus welchem Rechtsgrund, nur in folgendem Umfang:
 - a) Der Auftraggeber haftet uneingeschränkt für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, die auf einer fahrlässigen oder vorsätzlichen Pflichtverletzung ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen, sowie für alle Schäden, die auf vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Vertragsverletzungen oder auf einer Arglist ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.
 - b) Der Auftraggeber haftet auch für Schäden, die durch einfache Fahrlässigkeit verursacht wurden, soweit diese Fahrlässigkeit die Verletzung solcher Vertragspflichten betrifft, deren Einhaltung für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung ist (Kardinalpflichten). Er haftet jedoch nur, soweit die Schäden in typischer Weise mit dem Vertrag verbunden und vorhersehbar sind. Bei einfachen fahrlässigen Verletzungen nicht vertragswesentlicher Nebenpflichten haftet er im Übrigen nicht. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch, soweit die Haftung für die gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten und sonstigen Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers betroffen ist.
 - c) Eine weitergehende Haftung des Auftraggebers ist ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur

des geltend gemachten Anspruchs ausgeschlossen. Soweit die Haftung ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers.

4.2. Haftpflichtversicherung

- (1) Für die Dauer der Leistungsausführung ist vom Auftragnehmer eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Schadensfall in Höhe von mindestens 1 Mio. Euro für Personenschäden, Sachschäden und Vermögensschäden, mindestens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr, vorzuhalten. Die Versicherung muss die Haftung des Auftragnehmers für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung möglicherweise entstehenden Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer abdecken, soweit diese Schadensersatzansprüche in einem Zahlungsanspruch bestehen oder in Geld übergehen können. Im Versicherungsfall muss der Auftraggeber die Leistungsansprüche aus der Versicherung nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht vor einem deutschen Gericht geltend machen können.
- (2) Im Falle einer Arbeitsgemeinschaft ist eine entsprechende Projektversicherung oder eine entsprechende Versicherung für alle Mitglieder im Hinblick auf deren Leistungsanteile nachzuweisen.
- (3) Im Falle einer Unterauftragsvergabe muss sich die Versicherung auch auf die Unterauftragnehmer erstrecken, andernfalls ist eine entsprechende Versicherung der Unterauftragnehmer im Hinblick auf die von diesen auszuführenden Leistungen nachzuweisen.
- (4) Das Bestehen einer entsprechenden Versicherung ist dem Auftraggeber spätestens zwei Wochen nach Vertragsschluss sowie jederzeit auf Verlangen nachzuweisen.

§ 5 Sonstiges

5.1. Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte, Abtretung

- (1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien als solche berechtigen den Auftragnehmer nicht zur Leistungsverweigerung.
- (2) Macht der Auftragnehmer ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht geltend, so ist er verpflichtet, denjenigen Betrag zu beziffern, wegen dessen er das Recht geltend machen will. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Geltendmachung durch Sicherheitsleistung in Höhe des bezifferten Betrages abzuwenden. Anstelle der Annahme der angebotenen Sicherheitsleistung kann der Auftragnehmer Zahlung verlangen, sofern er gleichzeitig Zug um Zug Sicherheit für einen etwaigen Rückzahlungsanspruch leistet. Sicherheit kann durch Bürgschaft geleistet werden. Die Bürgschaft muss die Erklärung enthalten, dass auf die Einrede der Vorklage verzichtet wird, das Recht auf Hinterlegung des Bürgschaftsbetrages ausgeschlossen ist und Ansprüche aus der Bürgschaft nicht vor der Verjährung der gesicherten Ansprüche selbst verjähren. Leistungsansprüche aus der Bürgschaft müssen nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht vor einem deutschen Gericht geltend gemacht werden können. Die Kosten der Sicherheitsleistung hat der Auftragnehmer in dem Umfang zu tragen, in dem die Geltendmachung des Leistungsverweigerungs- bzw. Zurückbehaltungsrechtes unberechtigt war.

- (3) Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne dessen vorherige, mindestens in Textform (§ 126b BGB) erklärte Zustimmung nicht abgetreten werden.

5.2. Vertraulichkeit, nachvertragliche Geheimhaltung

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig, die ihnen im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung und ihrer Abwicklung gegenseitig zugänglich werdenden vertraulichen Informationen, insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, vertraulich zu behandeln.
- (2) Unbeschadet weitergehender Verpflichtungen nach dieser Rahmenvereinbarung und der Leistungsbeschreibung ist der Auftragnehmer verpflichtet, sämtliche ihm im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung und der Auftragsausführung dem Auftragnehmer aus der Sphäre des Auftraggebers zugänglich gemachten oder zugänglich gewordenen Informationen, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder die ein verständiger Dritter als schützenswert und damit vertraulich zu behandeln ansehen würde, geheim zu halten und vor einer Kenntnisnahme unbefugter Dritter wirksam zu schützen. Keine vertraulichen Informationen im Sinne von Satz 1 sind unbeschadet anderweitiger Vertraulichkeitspflichten des Auftragnehmers solche, die allgemein bekannt sind oder ohne ein mitwirkendes Verschulden des Auftragnehmers allgemein bekannt werden, die dem Auftragnehmer bereits vor Abschluss dieser Rahmenvereinbarung bekannt waren oder ihm ohne einen Zusammenhang mit der Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung rechtmäßig bekannt werden.
- (3) Eine Weitergabe der vom Auftragnehmer nach Absatz (1) geheim zu haltenden Informationen an Dritte ist nur zulässig, soweit die Weitergabe zur Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung zwingend erforderlich ist und die Dritten ihrerseits in mindestens gleichem Umfang wie der Auftragnehmer zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Absatz (1) gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer zur Offenlegung durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss, eine bestandskräftige behördliche Anordnung oder aufgrund einer zwingenden gesetzlichen Regelung verpflichtet ist.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Vertragsabwicklung nur solche Mitarbeiter einzusetzen, die er zuvor über die ihn treffenden Geheimhaltungs- und Schutzpflichten ausführlich belehrt und auf die Einhaltung dieser Geheimhaltungs- und Schutzpflichten verpflichtet hat. Die Verpflichtungserklärungen sind dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Der Auftragnehmer ist weiterhin verpflichtet, bei der Vertragsabwicklung nur solche Unterauftragnehmer oder Erfüllungsgehilfen einzusetzen, die sich ihrerseits zur Einhaltung der den Auftragnehmer treffenden Geheimhaltungs- und Schutzpflichten verpflichtet haben. Die Verpflichtungserklärungen/-vereinbarungen sind dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.
- (6) Der Auftragnehmer ist nur nach vorheriger, mindestens in Textform (§ 126b BGB) erklärter Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, den Umstand des Abschlusses dieser Rahmenvereinbarung gegenüber Dritten oder öffentlich als Referenz oder zu Werbezwecken anzugeben. Die Zustimmung gilt für den Fall erteilt, dass sich der Auftragnehmer in einem der Vertraulichkeit unterfallenden Vergabeverfahren eines öffentlichen Auftraggebers beteiligt und dort Referenzen zu benennen sind.

- (7) Sämtliche nach dieser Rahmenvereinbarung bestehenden Vertraulichkeits-, Geheimhaltungs- und Schutzpflichten bleiben von einer Beendigung dieser Rahmenvereinbarung unberührt und bestehen fort.
- (8) Für die Zeit nach Beendigung des Vertrages unterwirft sich der Auftragnehmer hinsichtlich seiner Verpflichtungen zum Datenschutz der Kontrolle der/des für das Land Berlin zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten.

5.3. Mitwirkung bei Beendigung

- (1) Unbeschadet weitergehender Verpflichtungen nach der Leistungsbeschreibung unterstützt der Auftragnehmer den Auftraggeber bereits vor der Beendigung des Vertragsverhältnisses bei der Vorbereitung einer Übertragung und reibungslosen Übergabe der vertragsgegenständlichen Leistungen an einen nachfolgenden Leistungserbringer. Bei der Übergabe ist der Auftragnehmer zur Kooperation mit dem Auftraggeber und dem nachfolgenden Leistungserbringer verpflichtet.
- (2) Der Auftraggeber wird zur Übertragung der vertragsgegenständlichen Leistungen an einen nachfolgenden Leistungserbringer gegebenenfalls ein Vergabeverfahren durchführen und den Interessenten, Bewerbern bzw. Bietern in diesem Verfahren eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung zur Verfügung stellen oder eine solche Leistungsbeschreibung öffentlich bekannt machen. Soweit dies unter Beachtung der einschlägigen rechtlichen Vorgaben erforderlich ist, ist der Auftraggeber dazu berechtigt, Informationen über die Ausführung dieser Rahmenvereinbarung zur Abfassung der Leistungsbeschreibung zu verwenden, soweit keine Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnisse oder gesetzlich geschützte Daten des Auftragnehmers betroffen sind.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber bei der Erstellung einer Leistungsbeschreibung nach Absatz (2) in zumutbarem Umfang zu unterstützen. Der Auftragnehmer hat insbesondere diejenigen Informationen über die Ausführung dieser Rahmenvereinbarung zur Verfügung zu stellen, über die er unschwer Auskunft erteilen kann und über die der Auftraggeber nicht, nicht vollständig oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand verfügt.

5.4. Schlussbestimmungen

- (1) Vertragssprache ist ausschließlich die deutsche Sprache. Sämtliche Korrespondenz zwischen den Parteien im Zuge der Vertrags- bzw. Leistungsabwicklung hat in deutscher Sprache zu erfolgen.
- (2) Erfüllungsort der Leistungen aus dieser Rahmenvereinbarung ist der Sitz des Auftraggebers.
- (3) Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrages, einschließlich dieser Vereinbarung über die Schriftform, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit mindestens der Textform (§ 126b BGB), es sei denn, dass die Vertragsparteien im Einzelfall ausdrücklich etwas anderes vereinbaren. Gesetzliche Formvorschriften bleiben unberührt.
- (4) Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Vertragsgesetz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11.04.1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) findet keine Anwendung.

- (5) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam oder aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen undurchführbar sein oder werden, ohne dass damit das Festhalten am Vertrag für eine der Vertragsparteien unzumutbar wird, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Dasselbe gilt für den Fall, dass sich eine Regelungslücke zeigt. Die Parteien werden eine unwirksame, undurchführbare oder fehlende Bestimmung durch eine Vereinbarung ersetzen, die den Zielen dieser Rahmenvereinbarung und dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit am nächsten kommt und unter vergaberechtlichen Gesichtspunkten zulässig ist.
- (6) Ist der Auftragnehmer Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist für alle Streitigkeiten über, aus und im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung der Gerichtsstand Berlin (Charlottenburg) vereinbart.

*** Ende der Rahmenvereinbarung ***

Version 2.0 (Stand 24.11.2025)